Allgemeine Informationen zu Investmentfonds, ETFs, ETCs, ETNs und Aktien
Upvest Securities GmbH
Dezember 2024

Inhalt

1	**Investmentfonds und ETFs**	**3**
	Funktionsweise von Investmentfonds	**3**
	Grundlagen eines Investmentfonds	
	Anbieter von Investmentfonds	
	Grundtypen von Investmentfonds	**3**
	Offene Investmentfonds	
	Geschlossene Investmentfonds	**4**
	Allgemeine Merkmale offener Investmentfonds	
	Aufgabe der Kapitalverwaltungsgesellschaft	
	Publizität und Rechenschaftslegung	
	Funktion der Verwahrstelle	
	Preisbildung bei Erwerb und Rücknahme/Berechnung der Anteilspreise eines Investmentfonds	
	Vermittlungs- und Bestandsprovisionen	**5**
	Gestaltungsmöglichkeiten bei offenen Investmentfonds	**5**
	Schwerpunkt der Zusammensetzung	
	Geographischer Anlagehorizont	**6**
	Zeitlicher Anlagehorizont	
	Rückzahlungs- oder Ertragsgarantie	
	Ausschüttungsverhalten	
	Fonds mit und ohne Ausgabeaufschlag	
	Währung	
	Funktionsweise von ETFs	**6**
	Grundlagen eines ETFs	
	Besonderheiten eines ETFs	
	Physische und Synthetische ETFs	**7**
	Allgemeine Risiken von Investmentfonds und ETFs	**8**
	Marktrisiko – Wertentwicklung eines Investmentfonds	
	Wertveränderungsrisiken	
	Bonitätsrisiko	
	Kapitalmarktrisiko	
	Risiko von Kursschwankungen bei Aktien	
	Risiko von Kursschwankungen bei festverzinslichen Wertpapieren	
	Inflationsrisiko	
	Währungsrisiko	
	Naturkatastrophen, kriminelle Handlungen oder Missstände	
	Rechtliche und politische Risiken	
	Spezielle Risiken bei Investmentfonds	**9**
	Fondsmanagement	
	Ausgabekosten	
	Risiko rückläufiger Anteilspreise	
	Risikokonzentration durch spezielle Anlageschwerpunkte	
	Risiko der Aussetzung und Liquidation	
	Risiko der Fehlinterpretation von Performance- Statistiken	
	Spezielle Risiken bei ETFs	**10**

2	**Exchange Traded Commodities (ETCs) und Exchange Traded Notes (ETNs)**	**10**
	Exchange Traded Commodities (ETCs)	
	Exchange Traded Notes (ETNs)	**11**
	Risiken von ETCs und ETNs	**11**
	Marktrisiko	
	Volatilitätsrisiko	
	Liquiditätsrisiko	
	Emittentenrisiko	
	Währungsrisiko	
	Besondere Risiken bei Kryptowerten als Basiswerten	
3	**Aktien**	**12**
	Funktionsweise einer Aktie	**12**
	Grundlagen einer Aktie	
	Arten von Aktien	
	Rechte und Pflichten von Aktionären	
	Grundlagen einer Aktie	
	Recht und Pflichten von Aktionären	
	Risiken bei der Anlage in Aktien	**13**
	Insolvenzrisiko	
	Kursänderungsrisiko	
	Dividendenrisiko	
	Zinsänderungsrisiko	
4	**Allgemeine Risiken des Wertpapierhandels**	**13**
	Psychologie der Marktteilnehmer	
	Risiko des Verlusts und der Änderung von Aktionärsrechten	
	Risiko der Einstellung der Börsennotierung („Delisting“)	
	Besondere Risiken bei REITs	**14**

1. Investmentfonds und ETFs

Funktionsweise von Investmentfonds

Grundlagen eines Investmentfonds

Ein Investmentfonds ist ein Finanzprodukt, bei dem eine Kapitalgesellschaft das Geld vieler Anleger bündelt, um es gemäß dem Prinzip der Risikomischung in verschiedene Anlageklassen wie Wertpapiere, Bankguthaben, Immobilien, Geldmarktinstrumente oder derivative Instrumente zu investieren und anschließend für alle Anleger gemeinsam verwaltet (sog. kollektive Vermögensverwaltung).

Mit dem Kauf eines Fondsanteils erwirbt der Anleger zugleich einen Anteil am Vermögen des Fonds. Die Höhe seines Anteils bemisst sich nach dem Verhältnis seiner Anteile zu den gesamten ausgegebenen Anteilen des Fonds.

Die spezifische Anlagestrategie eines Investmentfonds wird in seinen Verkaufsunterlagen detailliert beschrieben. Dazu gehören unter anderem das Informationsblatt „Wesentliche Anlegerinformationen“, der Verkaufsprospekt sowie die Anlagebedingungen.

Unterschieden werden offene und geschlossene Fonds. Bei offenen Fonds können Anteile zu jeder Zeit erworben, vor allem aber an den Emittenten zurückgegeben werden.

Das von Anlegern eingezahlte Geld bleibt als Fondsvermögen vom Vermögen der Investmentgesellschaft getrennt (Sondervermögen) und fällt daher auch im Insolvenzfall nicht unter die Insolvenzmasse der Gesellschaft.

Erwirtschaftet ein Investmentfonds Erträge aus Kursgewinnen, Dividenden, Zinsen o.ä. werden diese entweder an die Anleger ausgeschüttet oder im Falle thesaurierender Fonds reinvestiert, wodurch der Wert der Fondsanteile steigt.

Auflage und Verwaltung eines Investmentfonds sind reguliert. Kapitalverwaltungsgesellschaften unterliegen der laufenden Überwachung durch die Aufsichtsbehörden des Kapitalmarktes.

Anbieter von Investmentfonds

Investmentfonds werden in Deutschland sowohl von **inländischen als auch von ausländischen Investmentgesellschaften** angeboten.

Deutsche Kapitalverwaltungsgesellschaften unterliegen den Regelungen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB). Um als solche tätig zu werden, benötigen sie eine Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die zudem sicherstellt, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Beim Erwerb von Anteilen an einem deutschen Investmentfonds werden die Anleger nicht zu Gesellschaftern der Kapitalverwaltungsgesellschaft. Stattdessen fließen ihre Einlagen in ein **Sondervermögen**, das von der Kapitalverwaltungsgesellschaft verwaltet wird. Dieses Sondervermögen ist strikt vom Vermögen der Kapitalverwaltungsgesellschaft **getrennt** und haftet nicht für deren Schulden oder für Verbindlichkeiten anderer Sondervermögen. Diese Trennung dient dem Schutz der Anleger, da ihr Geld nicht durch Forderungen Dritter gegen die Kapitalverwaltungsgesellschaft gefährdet wird.

Auch ausländische Verwaltungsgesellschaften bieten Investmentfonds in Deutschland an und sind dabei häufig ähnlich wie deutsche Kapitalverwaltungsgesellschaften strukturiert, zum Beispiel als Tochtergesellschaften deutscher Kreditinstitute in Luxemburg. Es gibt jedoch je nach Herkunftsland unterschiedliche rechtliche Grundlagen und Strukturen. Ausländische Verwaltungsgesellschaften, die ihre Investmentfonds in Deutschland vertreiben wollen, müssen sich sowohl an ihr nationales Recht als auch an die Vorschriften des Kapitalanlagegesetzbuchs halten. Sie sind verpflichtet, der BaFin den geplanten öffentlichen Vertrieb ihrer Fonds schriftlich mitzuteilen und bestimmte organisatorische sowie rechtliche Anforderungen zu erfüllen. Wie bei inländischen Kapitalverwaltungsgesellschaften muss auch das Vermögen der Fonds von einer Verwahrstelle verwaltet werden. Die BaFin überwacht in jedem Fall die Einhaltung der deutschen Vorschriften durch die ausländischen Anbieter zum Schutz der hiesigen Anleger.

Grundtypen von Investmentfonds

Es gibt zwei Grundtypen von Investmentfonds: offene und geschlossene Fonds:

Offene Investmentfonds

Ein Investmentfond ist offen, wenn die Anzahl der ausgegebenen Anteile sowie die Anzahl der Anleger nicht festgelegt ist. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft kann je nach Bedarf, etwa bei Zufluss von neuem Kapital, zusätzliche Anteile ausgeben und auch bereits ausgegebene Anteile zurücknehmen. Demnach können Anleger grundsätzlich jederzeit Anteile an einem offenen Fonds erwerben. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft hat jedoch die Möglichkeit, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend einzuschränken, auszusetzen oder auch dauerhaft einzustellen. Eine wesentliche Eigenschaft offener Fonds ist, dass die Kapitalverwaltungsgesellschaft verpflichtet ist, Anteile der Anleger – unter Berücksichtigung der vertraglichen Bestimmungen – zum offiziellen Rücknahmepreis zurückzunehmen. Dies gewährleistet Anlegern grundsätzlich werktäglich die Liquidierbarkeit ihrer Anteile. Bei außergewöhnlichen Umständen können Kapitalverwaltungsgesellschaften die Rücknahme von Anteilen jedoch vorübergehend aussetzen. Zudem kann in den Anlagebedingungen eines Investmentfonds festgelegt werden, dass die Kapitalverwaltungsgesellschaft berechtigt ist, zur Steuerung und zum Schutz der Liquidität des Fonds verschiedene Maßnahmen wie Rückgabefristen, Rückgabebeschränkungen oder sogenanntes Swing-Pricing anzuwenden. Rückgabefristen können dazu führen, dass Fondsanteile nicht mehr täglich, sondern erst nach Ablauf einer

bestimmten Frist zurückgegeben werden können. Rückgabebeschränkungen bewirken, dass Anteilrückgaben möglicherweise nicht vollständig, sondern nur anteilig bedient werden. In beiden Fällen ist die tägliche Rückgabe von Fondsanteilen somit eingeschränkt. Beim Swing-Pricing werden erhöhte Ausgabe- und Rücknahmekosten bei der Berechnung des Nettoinventarwerts des Fonds berücksichtigt, was den Ausgabepreis erhöht bzw. den Rücknahmepreis senkt. Auf diese Weise sollen die Bestandsanleger vor den Transaktionskosten geschützt werden, die durch das Handeln neuer oder aussteigender Anleger entstehen, sodass sie nicht unangemessen belastet werden.

Geschlossene Investmentfonds

Geschlossene Fonds hingegen geben nur eine begrenzte Anzahl von Anteilen aus, basierend auf einer festgelegten Anlagesumme. Sobald das geplante Fondsvolumen erreicht ist, wird der Fonds geschlossen und es werden keine weiteren Anteile ausgegeben. Anders als bei offenen Fonds besteht keine Verpflichtung der Gesellschaft, die Anteile zurückzunehmen. Anleger können ihre Anteile nur an Dritte verkaufen, gegebenenfalls über eine Börse, wobei der Verkaufspreis durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

Allgemeine Merkmale offener Investmentfonds

Im Folgenden werden wesentliche Grundlagen und Eigenschaften speziell von **offenen Investmentfonds** näher erläutert:

Aufgabe der Kapitalverwaltungsgesellschaft

Die Hauptaufgabe einer Kapitalverwaltungsgesellschaft besteht darin, ihr anvertrautes Kapital gemäß den gesetzlichen und vertraglichen Anlagevorgaben in einem Sondervermögen (Investmentfonds) zu verwalten. In diesem Zusammenhang gibt die Gesellschaft Anteilscheine aus, die das Eigentum am Fondsvermögen repräsentieren. Das Sondervermögen setzt sich aus Bankguthaben sowie den erworbenen Wertpapieren (bei Wertpapierfonds) und sonstigen Vermögenswerten zusammen. Der erforderliche Mindestgrad der Risikomischung ist im Kapitalanlagegesetzbuch festgelegt und wird durch Vorgaben der BaFin präzisiert. Bei Spezial-Investmentfonds kann das Fondsvermögen zusätzlich beispielsweise auch aus stillen Beteiligungen, Edelmetallen und Unternehmensbeteiligungen bestehen. Eine Kapitalverwaltungsgesellschaft darf mehrere Investmentfonds auflegen, die jeweils unter einem eigenen Namen geführt und voneinander getrennt verwaltet werden müssen.

Es wird zwischen aktiv und passiv verwalteten offenen Investmentfonds unterschieden, wobei auch Mischformen und fließende Übergänge möglich sind.

Bei der aktiven Verwaltung entscheidet die Kapitalverwaltungsgesellschaft kontinuierlich über die Zusammensetzung des Fondsportfolios und nimmt gegebenenfalls Anpassungen vor. Das Ziel ist es, die Portfoliozusammensetzung so zu gestalten, dass die Wertentwicklung des Fonds optimiert wird.

Im Gegensatz dazu erfolgt bei der passiven Verwaltung oder passiven Anlagestrategie keine Auswahl einzelner Titel durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft. Diese Fonds zielen häufig darauf ab, die Wertentwicklung bestimmter Indizes möglichst genau nachzubilden („Tracking“). Anleger sollen dadurch die Gesamtrendite des entsprechenden Index abzüglich der laufenden Kosten erzielen. Die Wertentwicklung eines Fonds mit passiver Anlagestrategie ist somit eng an die Entwicklung des abgebildeten Index gebunden.

Publizität und Rechenschaftslegung

Jede Kapitalverwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, den Anlegern einen datierten Verkaufsprospekt, gegebenenfalls in vereinfachter Form, sowie die Vertragsbedingungen des Fonds zur Verfügung zu stellen. Zudem müssen der aktuellste Jahresbericht sowie der Halbjahresbericht bereitgestellt werden.

Funktion der Verwahrstelle

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft muss die **Verwahrstelle (die sogenannte Depotbank)** mit der Verwahrung der Vermögenswerte des Sondervermögens beauftragen. Die Depotbank ist auch für die Berechnung der Anteilspreise sowie die Ausgabe und Rücknahme der Anteile verantwortlich. Zudem überwacht sie die Einhaltung der Anlagevorgaben. Die Depotbank unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Preisbildung bei Erwerb und Rücknahme/Berechnung der Anteilspreise eines Investmentfonds

Wenn ein Anleger Investmentanteile über ein Kreditinstitut erwirbt, das die Anteile selbst von der Kapitalverwaltungsgesellschaft beschafft und an den Anleger weiterverkauft, handelt es sich um ein **Festpreisgeschäft**. In diesem Fall erwirbt das Kreditinstitut die Anteile grundsätzlich zum Nettoinventarwert von der Kapitalverwaltungsgesellschaft und verkauft sie mit einem Aufschlag an den Anleger. Falls das Kreditinstitut als Verkäufer Vermittler in Anspruch nimmt, kann der Ausgabeaufschlag ganz oder teilweise zur Abgeltung von Vertriebsleistungen an diese Vermittler weitergereicht werden.

Der Anleger hat auch die Möglichkeit, Investmentanteile auch im Rahmen eines **Kommissionsgeschäfts** zu erwerben. Der Preis, den der Anleger dabei zahlt (Ausgabepreis), setzt sich grundsätzlich aus dem Anteilswert und dem Ausgabeaufschlag zusammen. Der Anteilswert fließt dem Investmentfonds zu, während der Ausgabeaufschlag entweder von dem Investmentfonds oder vom Kreditinstitut vereinnahmt wird. Falls der Ausgabeaufschlag vom Investmentfonds vereinnahmt wird, kann dieser den Betrag ganz oder teilweise an das Kreditinstitut weitergeben. Das Kreditinstitut kann wiederum Teile des erhaltenen Ausgabeaufschlags an externe Vermittler weiterleiten, sofern solche vorhanden sind.

Der Anteilswert basiert auf dem Gesamtwert des Investmentfonds, auch bekannt als **Nettoinventarwert (NAV)**. Dieser ergibt sich aus der Summe aller Vermögenswerte des Fonds abzüglich seiner Verbindlichkeiten.

Für die **Berechnung des Nettoinventarwerts** wird in der Regel das folgende Verfahren angewendet:

Der Nettoinventarwert wird entweder von der Depotbank als Verwahrstelle in Zusammenarbeit mit der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder von der Kapitalverwaltungsgesellschaft selbst, unter Überprüfung durch die Depotbank, täglich an der Börse ermittelt. Zunächst wird der Wert des Wertpapierbestands des Fonds festgestellt.

Der Kurswert des Fonds ergibt sich, indem der Wertpapierbestand mit den aktuellen Kursen multipliziert wird. Für Wertpapiere, die nicht an einer Börse gelistet sind oder nicht in einem organisierten Markt gehandelt werden, wird stattdessen der angemessene Verkehrswert herangezogen, da kein aktueller Kurs verfügbar ist. Zusätzlich zum ermittelten Wert des Wertpapierbestands werden Barguthaben, Forderungen und andere Ansprüche addiert, während aufgenommene Kredite und sonstige Verbindlichkeiten abgezogen werden. Detaillierte Informationen über das Bewertungsverfahren eines bestimmten Fonds sind im Verkaufsprospekt zu finden.

In der Regel entspricht der **Rücknahmepreis** eines Investmentanteils dem Anteilspreis. Bei einigen Fonds kann jedoch ein Rücknahmeabschlag angewendet werden, was zu einem niedrigeren Rücknahmepreis führen kann.

Es gibt jedoch auch Fonds, bei denen kein Ausgabeaufschlag erhoben wird. In solchen Fällen entspricht der Ausgabepreis dem Rücknahmepreis. Solche Fonds werden häufig als "Trading Fonds" oder "No-Load-Fonds" bezeichnet.

Anteilskäufe und -verkäufe der Anleger beeinflussen den Anteilspreis nicht direkt. Die Preisbildung bei offenen Investmentfonds erfolgt nicht durch Angebot und Nachfrage, sondern basiert auf dem Inventarwert des Fonds. Zwar verändern die Zu- und Abflüsse von Kapital bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen den Nettoinventarwert, doch gleichzeitig wird die Anzahl der umlaufenden Anteile angepasst. Dadurch bleibt der Inventarwert pro Anteil stabil.

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise (sowie der steuerpflichtige Zwischengewinn) der einzelnen Fonds werden regelmäßig veröffentlicht. Kapitalanlagegesellschaften legen für jeden Fonds einen festen Zeitpunkt für den Orderannahmeschluss fest. Die Berechnung der Anteilspreise erfolgt nach diesem Zeitpunkt. Orders, die nach dem Annahmeschluss bei der Fondsgesellschaft eingehen, werden erst bei der nächsten Preisermittlung berücksichtigt. Weitere Details zur Preisberechnung finden sich im jeweiligen Verkaufsprospekt des Fonds.

Vermittlungs- und Bestandsprovisionen

Vermittler wie Banken oder Finanzberater erhalten in bestimmten Fällen Vergütungen für die Vermittlung von Investmentfondsanteilen. Diese Provisionen stammen oft aus dem Ausgabeaufschlag, den die Kapitalverwaltungsgesellschaft teilweise oder vollständig an den Vermittler weiterleitet. Zusätzlich können wiederkehrende Entgelte, sogenannte Bestandsprovisionen, gezahlt werden. Diese Provisionen hängen in der Regel vom Volumen der vermittelten Fondsanteile ab.

Gestaltungsmöglichkeiten bei offenen Investmentfonds

Kapitalverwaltungsgesellschaften haben innerhalb der gesetzlichen Vorgaben erheblichen Freiraum bei der Gestaltung offener Investmentfonds.

Offene Investmentfonds können in ihrer Charakteristik stark variieren, was von den jeweiligen Anlagebedingungen abhängt.

Die **folgenden Kriterien** bieten eine detaillierte Beschreibung der spezifischen Eigenschaften typischer Investmentfonds, in Finanzanlagen:

Schwerpunkt der Zusammensetzung

Die Zusammensetzung des Fondsvermögens nach Anlageinstrumenten ist ein wichtiges Differenzierungsmerkmal:

- **Standard-Aktienfonds:** Diese Fonds investieren hauptsächlich in Aktien, die als „Blue Chips“ bekannt sind, also Aktien von Unternehmen mit allgemein anerkannt guter Qualität. Das Fondsvermögen ist breit diversifiziert und nicht auf bestimmte Branchen beschränkt.
- **Spezielle Aktienfonds:** Diese Fonds konzentrieren sich auf spezifische Teilbereiche des Aktienmarktes, wie beispielsweise Aktien aus bestimmten Branchen oder Sektoren, darunter Energie, Rohstoffe oder Technologie, oder sie investieren in mittelgroße und kleinere Unternehmen (Small Caps).
- **Standard Rentenfonds:** Diese Fonds investieren in verzinsliche Wertpapiere mit unterschiedlichen Zinssätzen und Laufzeiten, wobei sie überwiegend in solche mit guter bis sehr guter Bonität des Emittenten anlegen.
- **Spezielle Rentenfonds:** Ähnlich wie spezielle Aktienfonds konzentrieren sich diese Fonds auf bestimmte Segmente des Rentenmarktes, z. B. auf niedrig verzinsliche Anleihen oder Wertpapiere mit kurzen Restlaufzeiten.
- **Mischfonds:** Diese Fonds kombinieren sowohl Instrumente des Aktienmarktes als auch des Rentenmarktes.
- **Indexfonds:** Indexfonds sind Investmentfonds, die darauf abzielen, die Wertentwicklung eines bestimmten Index nachzubilden. Dies kann durch vollständige physische Replikation, Sampling oder synthetische Replikation erfolgen.
- **Spezialitätenfonds:** Spezialitätenfonds haben oft von vornherein ein geringeres Maß an Risikostreuung, da sie sich auf ein eng umgrenztes Anlagespektrum konzentrieren. Sie investieren gezielt in bestimmte Märkte, Instrumente oder deren Kombinationen, wie beispielsweise Rohstoffe, Zertifikate oder Genussscheine.

- **Dachfonds:** Dachfonds investieren überwiegend in Anteile anderer offener Investmentfonds. Zusätzlich können auch Bankguthaben, Geldmarktinstrumente und Derivate Teil der Anlagen sein. Einzelheiten zu den Anlageschwerpunkten sind in den Anlagebedingungen zu finden.
- **Geldmarktfonds:** Geldmarktfonds investieren das ihnen anvertraute Kapital in Tages- und Termingelder sowie in Geldmarktpapiere und Wertpapiere mit kurzen Restlaufzeiten.

Geographischer Anlagehorizont

Der geografische Anlagehorizont ermöglicht eine weitere Unterscheidung:

- **Länderfonds:** Diese Fonds investieren ausschließlich in Wertpapiere von Emittenten, die in einem bestimmten Land ansässig sind. Ein Beispiel hierfür ist ein USA-Fonds, der sich auf US-amerikanische Wertpapiere konzentriert.
- **Regionen-/Hemisphärenfonds:** Diese Fonds beinhalten nur Anlagewerte aus bestimmten Regionen, wie beispielsweise Europa, Nordamerika oder dem Pazifikraum.
- **Internationale Fonds:** Diese Fonds legen weltweit an den Kapitalmärkten an und streuen ihr Anlagekapital über verschiedene Länder hinweg.
- **Emerging Markets Fonds:** Diese Fonds investieren in einem oder mehreren sogenannten Schwellenländern.

Zeitlicher Anlagehorizont

Investmentfonds können entweder **ohne Laufzeitbegrenzung oder** als Fonds **mit fester Laufzeit (Laufzeitfonds)** aufgelegt werden. Bei letzterer Variante ist die Laufzeit von Beginn an durch einen festgelegten Termin definiert. Nach Ablauf dieser Laufzeit wird das Fondsvermögen im Interesse der Anteilseigner verwertet, und der erzielte Erlös wird an diese verteilt.

Rückzahlungs- oder Ertragsgarantie

Die Fondsgesellschaft kann Investmentfonds sowohl **mit als auch ohne Garantie** anbieten. Eine Garantie kann für einen bestimmten Zeitraum hinsichtlich der Ausschüttungen gelten oder sich auf die Rückzahlung des investierten Kapitals oder die Wertentwicklung beziehen.

Ausschüttungsverhalten

Das Ausschüttungsverhalten eines Fonds ist ein weiteres wichtiges Kriterium für Anleger, die ihre individuellen Vermögensziele berücksichtigen möchten.

Bei **ausschüttenden Fonds** erhalten die Anteilseigner in der Regel jährlich eine Ausschüttung. Am Tag der Ausschüttung vermindert sich der Anteilspreis des Fonds um diesen Betrag. Das Ausschüttungsvolumen kann verschiedene Komponenten umfassen, darunter die ordentlichen Erträge wie Zinsen und Dividenden sowie gegebenenfalls außerordentliche Erträge wie realisierte Kursgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren oder realisierte Erlöse aus Bezugsrechten. Ob und in welchem Umfang die Erträge eines Fonds ausgeschüttet werden, hängt von der Anlagepolitik und dem Charakter des Fonds ab, was in den jeweiligen Fonds-Anlagebedingungen festgelegt ist. Zudem gewähren Fondsgesellschaften häufig einen **Wiederanlagerabatt** (einen bestimmten Prozentsatz des Ausgabepreises), wenn Anleger den Ausschüttungsbetrag innerhalb eines festgelegten Zeitraums wieder anlegen.

Bei **thesaurierenden Fonds** (auch als akkumulierende Fonds bezeichnet) werden die Erträge nicht ausgeschüttet, sondern vom Fondsmanagement zur Anschaffung weiterer Vermögenswerte verwendet. Typischerweise werden Laufzeitfonds und Garantiefonds in Form von akkumulierenden Fonds angeboten.

Fonds mit und ohne Ausgabeaufschlag

Fondsanteilscheine können mit oder ohne Ausgabeaufschlag angeboten werden. Bei Fonds ohne Ausgabeaufschlag wird jedoch in der Regel eine höhere unterjährige Verwaltungsgebühr auf das Sondervermögen erhoben als bei Fonds mit Ausgabeaufschlag; teilweise kommt zudem eine erfolgsabhängige Vergütung für die Gesellschaft hinzu.

Währung

Die Preise, der von Kapitalverwaltungsgesellschaften öffentlich angebotenen Investmentanteile, können in verschiedenen Währungen angegeben werden, beispielsweise in US-Dollar oder Euro.

Funktionsweise von ETFs

Grundlagen eines ETFs

Ein ETF (exchange-traded fund) ist ein Investmentfonds, der an einer Börse gehandelt wird. Die meisten ETFs sind passiv verwaltete Indexfonds, welche die Zusammensetzung und Entwicklung eines Wertpapierindexes nachbilden. Sie zielen also darauf ab, die Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Index so genau wie möglich abzubilden. Basisindizes können nationale oder internationale Aktienindizes, Renten- und Immobilienindizes oder Rohstoff- und Strategieindizes sein.

Die Anteile an einem ETF verbriefen ebenso wie normale Investmentfonds-Anteile einen anteiligen Besitz an einem Sondervermögen, das getrennt vom Vermögen der emittierenden Investmentgesellschaft geführt wird.

Besonderheiten eines ETFs

Die Grundidee von ETFs ist der Erwerb von Wertpapieren in genau der Zusammensetzung und Gewichtung, in der sie im jeweiligen Referenz-Index enthalten sind. Hierdurch wird das Ziel verfolgt, die Entwicklung des Index zu replizieren und

insofern die Entwicklung des durch den Index abgebildeten Marktes nachzubilden. So bildet z.B. ein ETF auf den DAX die Wertentwicklung des DAX ab. Ein Anleger kann hieran mit dem Erwerb eines Anteils am ETF vollständig partizipieren, ohne die Aktien aller im DAX gelisteten Unternehmen erwerben zu müssen.

Mit einem ETF wird eine passive Anlagestrategie verfolgt. Maßgeblich ist die reine Indexorientierung. Im Gegensatz zu aktiven Anlagestrategien wird nicht das Ziel verfolgt, „den Markt zu schlagen“. Ein passives Investieren erfordert einen vergleichsweisen geringen Aufwand für Research und Marktbeobachtung. Daher weisen ETF im Vergleich zu anderen Investmentfonds, die aktiv gemanagt werden, geringere Managementgebühren auf.

Da ETF über die Börse gehandelt werden, entfallen hier die sonst bei Investmentfonds berechneten Ausgabe- oder Rücknahmeaufschläge. Es fallen lediglich Transaktionskosten beim Kauf bzw. Verkauf sowie Gebühren für die Depotverwahrung an. Auch hier bieten ETFs einen Kostenvorteil.

Physische und Synthetische ETFs

ETFs bilden physisch oder aber auch synthetisch einen Index nach. Dabei werden bei einem physischen ETF die im jeweiligen Index enthaltenen Wertpapiere gemäß ihrer Gewichtung gekauft.

Hiervon unterscheiden sich synthetische ETF. Diese können und dürfen Wertpapiere im Portfolio enthalten, die im Index überhaupt nicht vorhanden sind. Die Rendite des zugrundeliegenden Index wird bei einem synthetischen ETF durch Derivate (Swaps) mit einem Finanzpartner gesichert.

Allgemeine Risiken von Investmentfonds und ETFs

Eine Vielzahl von Risiken können sich nachteilig auf den Wert eines Investmentfonds auswirken.

Marktrisiko – Wertentwicklung eines Investmentfonds

Im Folgenden werden einige Risiken aufgeführt, die die Wertentwicklung sowohl eines Investmentfonds sowie der von ihnen gehaltenen Vermögensgegenstände beeinträchtigen können, was sich nachteilig auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken kann .Nachfolgend werden einige Risiken aufgeführt, die die Wertentwicklung eines Investmentfonds bzw. der vom Investmentfonds gehaltenen Vermögensgegenstände beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken können.

Wertveränderungsrisiken

Die Vermögensgegenstände, in die ein Investmentfonds investiert, unterliegen Risiken. So können Wertverluste auftreten, indem der Marktwert der Vermögensgegenstände gegenüber dem ursprünglichen Kaufpreis sinkt.

Bonitätsrisiko

Die Wertentwicklung aller Vermögensgegenstände wird von der Bonität des Emittenten bestimmt. Sinkt diese, reduziert sich in der Regel auch der Wert der Vermögensgegenstände. Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Emittenten kann dies zu einem Totalverlust der Investition in den betreffenden Vermögensgegenstand führen.

Kapitalmarktrisiko

Die Wertentwicklung von Finanzprodukten hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Auf die Entwicklung der Kapitalmärkte können auch irrationale Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte einwirken. Aber auch Veränderungen der Zinssätze und Wechselkurse können auf die Entwicklung der Kapitalmärkte Einfluss haben.

Risiko von Kursschwankungen bei Aktien

Aktien unterliegen starken Kursschwankungen und somit auch dem Risiko von Kursrückgängen. Kursrückschwankungen werden insbesondere durch die wirtschaftliche Entwicklung des Emissionsunternehmens sowie die Entwicklungen der Branche und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Auch das Vertrauen der Marktteilnehmer in das jeweilige Unternehmen kann die Kursentwicklung beeinflussen. Ist bei einer Aktie der Streubesitz, also der Anteil der frei handelbaren, im Besitz vieler Aktionäre befindlichen Aktien niedrig, so können bereits kleinere Kauf- und Verkaufsaufträge für diese Aktie eine starke Auswirkung auf den Kurs der Aktie haben und damit zu höheren Kursschwankungen führen.

Risiko von Kursschwankungen bei festverzinslichen Wertpapieren

Mit dem Erwerb festverzinslicher Wertpapiere ist das Risiko verbunden, dass sich das Zinsniveau des Gesamtmarktes ändert, welches im Zeitpunkt der Auflage des Wertpapiers bestand. Steigt das Zinsniveau gegenüber den Zinsen zum Zeitpunkt der Emission des Wertpapiers, so fallen i.d.R. die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere. Fällt dagegen das Zinsniveau, so steigt der Kurs festverzinslicher Wertpapiere.

Inflationsrisiko

Die Inflation beinhaltet ein Abwertungsrisiko für alle Vermögensgegenstände. Dies gilt auch für die von einem Investmentfonds gehaltenen Vermögensgegenstände. Die Inflationsrate kann über dem Wertzuwachs des Investmentfonds liegen, so dass Anleger selbst im Falle eines Wertzuwachses einen wirtschaftlichen Verlust erleiden.

Währungsrisiko

Vermögenswerte eines Investmentfonds können in anderen Währungen als der Basiswährung des Fonds angelegt sein. Der Fonds erhält Erträge und Rückzahlungen in der jeweiligen Währung. Fällt der Wert dieser Währung gegenüber der Basiswährung, so reduziert sich der Wert der entsprechenden Vermögenswerte und somit auch der Wert des Fonds.

Risiken durch Naturkatastrophen, kriminelle Handlungen oder Missstände

Investmentvermögen können Opfer von Betrug oder anderen kriminellen Handlungen werden. Sie können Verluste durch Fehler von Mitarbeitern der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder externer Dritter erleiden oder durch äußere Ereignisse, wie z.B. Naturkatastrophen oder Pandemien geschädigt werden.

Rechtliche und politische Risiken

Investmentfonds dürfen Investitionen in Rechtsordnungen vornehmen, in denen deutsches Recht keine Anwendung findet bzw. im Fall von Rechtsstreitigkeiten der Gerichtsstand außerhalb Deutschlands liegt. Hieraus resultierende Rechte und Pflichten können von denen in Deutschland zum Nachteil des Investmentfonds abweichen. Politische oder rechtliche Entwicklungen einschließlich der Änderungen von rechtlichen Rahmenbedingungen in diesen Rechtsordnungen können von der Kapitalverwaltungsgesellschaft nicht oder zu spät erkannt werden oder zu Beschränkungen hinsichtlich

erwerbbarer oder bereits erworbener Vermögensgegenstände führen. Das gleiche Risiko besteht im Falle der Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Investmentfonds in Deutschland.

Spezielle Risiken bei Investmentfonds

Investmentanteilscheine bieten Anlegern eine bequeme Möglichkeit, Kapital gemäß dem Prinzip der Risikomischung anzulegen. Durch die Einbindung eines professionellen Fondsmanagements wird das investierte Geld auf verschiedene Anlageformen verteilt.

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass Anleger trotz dieser Risikomischung anteilig das volle Risiko der Anlagen tragen, die durch den Investmentanteilschein repräsentiert werden. Auch bei der Investition in Investmentanteilscheine können spezifische Risiken auftreten, die den Wert der Vermögenswerte erheblich beeinträchtigen können.

Fondsmanagement

Wenn Anleger Investmentanteilscheine erwerben, treffen sie eine Anlageentscheidung, die auf der Auswahl eines bestimmten Investmentfonds basiert. Diese Entscheidung orientiert sich an den Anlagegrundsätzen des Fonds. Anleger haben jedoch keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Fondsvermögens, da die konkreten Anlageentscheidungen vom Management der Fondsgesellschaft getroffen werden.

Investmentfonds, die in einem bestimmten Zeitraum deutlich bessere Ergebnisse erzielen als eine Direktanlage oder andere Fonds, verdanken ihren Erfolg in der Regel der Eignung und den Entscheidungen des Managements. Es ist jedoch zu beachten, dass positive Ergebnisse in der Vergangenheit nicht automatisch auf die zukünftige Performance übertragen werden können.

Ausgabekosten

Die Ausgabeaufschläge und internen Verwaltungskosten eines Fonds können für Anleger Gesamtkosten verursachen, die beim direkten Erwerb von Wertpapieren möglicherweise nicht oder nicht in dieser Höhe anfallen. Dies kann insbesondere nachteilig sein, wenn Sie Ihre Fondsanteile nur für kurze Zeit halten.

Bei einer kurzen Haltedauer kann der Kauf von Investmentfonds mit hohen Ausgabeaufschlägen teurer sein als der Erwerb von ausgabeaufschlagfreien Fonds. Im Gegensatz dazu kann sich bei Letzteren eine längere Haltedauer negativ auswirken, da sich die höheren laufenden Verwaltungs- und Managementgebühren im Laufe der Zeit bemerkbar machen.

Es ist daher wichtig, beim Kauf eines Investmentfonds immer die Gesamtkosten im Zusammenhang mit Ihrem individuellen zeitlichen Anlagehorizont zu betrachten.

Risiko rückläufiger Anteilspreise

Investmentfonds sind dem Risiko sinkender Anteilspreise ausgesetzt, da Kursrückgänge bei den im Fonds gehaltenen Wertpapieren sich direkt auf den Anteilspreis auswirken.

Risikokonzentration durch spezielle Anlageschwerpunkte

Spezielle Aktien- und Rentenfonds weisen in der Regel ein ausgeprägteres Ertrags- und Risikoprofil auf als Fonds mit breiter Diversifikation. Die Vertragsbedingungen dieser Fonds enthalten oft engere Vorgaben für die Anlagemöglichkeiten, was die Anlagepolitik des Managements gezielt ausrichtet. Dies schafft einerseits die Grundlage für höhere Kurschancen, führt aber gleichzeitig zu einem höheren Maß an Risiko und Kursvolatilität. Durch die Entscheidung für einen solchen Fonds akzeptiert der Anleger von Anfang an eine größere Schwankungsbreite der Fondsanteilspreise.

Das Anlagerisiko erhöht sich mit zunehmender Spezialisierung des Fonds:

- **Regionale und Länderfonds**

Regionale Fonds und Länderfonds sind höheren Verlustrisiken ausgesetzt, da sie von der Entwicklung eines bestimmten Marktes abhängen und auf eine breitere Risikostreuung verzichten, indem sie sich auf die Märkte einzelner Länder oder Regionen konzentrieren.

- **Branchenfonds**

Branchenfonds, wie beispielsweise Rohstoff-, Energie- und Technologiefonds, tragen ebenfalls ein erhebliches Verlustrisiko, da sie keine branchenübergreifende Risikostreuung bieten.

Risiko der Aussetzung und Liquidation

Jeder Anteilsinhaber hat grundsätzlich das Recht, gegen Rückgabe seiner Anteilscheine den Anteil am Sondervermögen auszahlen zu lassen. Die Rücknahme erfolgt zu dem geltenden Rücknahmepreis, der dem Anteilswert entspricht.

In den Vertragsbedingungen des Investmentfonds kann jedoch festgelegt sein, dass die Kapitalanlagegesellschaft die Rücknahme der Anteilscheine aussetzen darf, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung im Interesse der Anteilinhaber erforderlich machen. In solchen Fällen besteht das Risiko, dass die Anteilscheine nicht zum gewünschten Zeitpunkt zurückgegeben werden können.

Risiko der Fehlinterpretation von Performance- Statistiken

Zur Messung des Anlageerfolgs eines Investmentfonds wird häufig ein Performance-Konzept verwendet. Dieses Konzept dient zur Beurteilung der Wertentwicklung einer Kapitalanlage und wird genutzt, um die Leistung des Anlagemanagements von Investmentfonds zu bewerten. Es wird ermittelt, wie sich ein Anlagebetrag von 100 Euro über einen bestimmten

Zeitraum entwickelt hat, wobei angenommen wird, dass die Ausschüttungen zum Anteilswert am Ausschüttungstag wiederangelegt werden (gemäß der Methode des Bundesverbands Investment und Asset Management).

Anleger sollten jedoch Folgendes beachten: Performance-Statistiken sind nur dann als Maßstab zum Vergleich der Managementleistungen geeignet, wenn die Fonds hinsichtlich ihrer Anlagegrundsätze vergleichbar sind. Diese Statistiken zeigen, welche Ergebnisse die Fondsverwalter mit denselben Anlagebeträgen erzielt haben. Allerdings spiegeln die Performance-Kriterien den tatsächlichen Erfolg für den Anleger nur unzureichend wider:

- **Ausgabeaufschläge:** Performance-Ranglisten berücksichtigen häufig nicht die Ausgabeaufschläge. Das kann dazu führen, dass Anleger trotz einer besseren Managementleistung eines Fonds aufgrund eines höheren Aufschlags effektiv eine geringere Rendite erzielen als schlechter verwaltete Fonds mit einem geringeren Ausgabeaufschlag.
- **Steuerliche Aspekte:** Performance-Ranglisten unterstellen meist, dass alle Erträge, einschließlich der darauf entfallenden Steuern, reinvestiert werden. Aufgrund der individuell unterschiedlichen Besteuerung einzelner Investmentfonds oder der daraus resultierenden Einkünfte des Anlegers kann es vorkommen, dass Fonds mit einer insgesamt niedrigeren Wertentwicklung in der Praxis eine bessere Performance bieten als solche mit einer höheren Wertentwicklung.

Spezielle Risiken bei ETFs

Der Anleger unterliegt bei einer negativen Entwicklung des zugrunde liegenden Index mit seinen Anteilen am ETF einem entsprechenden Verlustrisiko.

Eine vorübergehende Nichtverfügbarkeit bestimmter Wertpapiere am Markt oder andere außerordentliche Umstände können ferner zu einer Abweichung von der genauen Index-Wertentwicklung führen.

Darüber hinaus entstehen dem ETF bei der Nachbildung des zugrunde liegenden Index Transaktionskosten und sonstige Kosten, Gebühren oder Steuern und Abgaben, die bei Berechnung des Index keine Berücksichtigung finden. Aus diesem Grund kann ein ETF die Entwicklung des zugrunde liegenden Index nicht vollständig abbilden.

Die Zusammensetzung des zugrunde liegenden Index kann sich mit der Zeit ändern. Auch kann die Berechnung des Index eingestellt werden. Ferner ist nicht ausgeschlossen, dass bei der Berechnung des Index Fehler entstehen, die sich auf den ETF übertragen.

Bei synthetischen ETF besteht zudem das Risiko, dass die Swap-Gegenpartei z.B. in Folge einer Insolvenz ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann (Kontrahentenrisiko). Dies kann im ungünstigsten Fall zu einem erheblichen Rückgang des Kurses des ETF führen.

2. Exchange Traded Commodities (ETCs) und Exchange Traded Notes (ETNs)

Exchange Traded Commodities (ETCs)

Exchange Traded Commodities (ETC) sind spezielle Finanzprodukte, die eine besondere Art von strukturierten Anlagen darstellen. Sie richten sich insbesondere an Privatkunden. Ihr Hauptziel besteht darin, die Wertentwicklung des zugrunde liegenden Basiswerts präzise nachzubilden. ETC werden von eigens dafür gegründeten Zweckunternehmen, auch bekannt als Special Purpose Vehicles (SPV), emittiert. Diese Unternehmen erstellen Sicherheitenpools aus zugrunde liegenden Basiswerten, die dazu dienen, Kundenansprüche abzusichern.

Im Wesentlichen handelt es sich bei ETC um Inhaberschuldverschreibungen mit unbegrenzter bzw. langfristiger Laufzeit. Sie ermöglichen Anlegern eine Teilhabe an der Wertentwicklung von physischen Edelmetallen wie Gold, Silber oder Platin sowie von Rohstoffindizes, die aus Terminmarktverträgen wie Rohstoff-Futures bestehen. Es ist wichtig zu beachten, dass es erhebliche Preisunterschiede zwischen den zugrunde liegenden Rohstoffterminkontrakten und den physischen Rohstoffen selbst geben kann. Darüber hinaus können anfallende Gebühren zu einer Abweichung zwischen dem ETC und dem zugrunde liegenden Basiswert führen. Unter normalen Umständen können ETC während der Handelszeiten an den jeweiligen Börsen gekauft oder verkauft werden.

ETCs sind in der Regel durch physische Sicherheiten abgesichert, wie zum Beispiel durch Rohstoffe (besicherte ETCs). Die Anleger erwerben eine Schuldverschreibung, die normalerweise durch die tatsächliche Lagerung von Goldbarren oder anderen Edel- bzw. Industriemetallen in Tresoren von Banken oder Börsen besichert ist. Das physische Metall wird im Namen des Emittenten hinterlegt und eindeutig gekennzeichnet, um eine eindeutige Identifizierung zu ermöglichen. Anleger können ETCs kaufen und verkaufen, um an den Preisschwankungen des zugrunde liegenden Rohstoffs zu partizipieren. Falls der ETC-Emittent insolvent wird, werden die Sicherheiten außerhalb des Insolvenzverfahrens von einem Sicherheitentreuhänder verwertet. Die ETC-Anleger erhalten sodann über ihre Depotbanken den entsprechenden Anteil des Verwertungserlöses gutgeschrieben.

Alternativ können ETCs auch durch Bargeld und andere liquide Vermögenswerte wie Schuldverschreibungen und Aktien besichert sein, die der ETC-Emittent bei einer Bank hinterlegt. Eine unabhängige Berechnungsstelle ermittelt täglich den Wert aller Sicherheiten. Er überprüft auch die ausreichende Besicherung und fordert den Emittenten auf, zusätzliche Sicherheiten unverzüglich zu hinterlegen, wenn das erforderliche Niveau nicht erreicht wird. Sollte der Emittent zahlungsunfähig werden, werden die Sicherheiten vom Treuhänder verwertet und der daraus resultierende Erlös wird den ETC-Inhabern über ihre jeweilige Depotbank gutgeschrieben.

ETCs können auch auf Swap-Vereinbarungen basieren (Swapbasierte ETCs). Swaps sind Finanzinstrumente, die außerbörslich gehandelt werden. Bei swapbasierten ETC leitet der Emittent die Gelder der Anleger an eine Swap-Gegenpartei (Bank) weiter und schließt mit ihr eine Swap-Vereinbarung ab, d.h. eine Vereinbarung über den Tausch von Finanzströmen. Durch diese Vereinbarung erhält der Emittent die Zahlungsströme des zugrunde liegenden Basiswerts (Index) von der Bank und bildet so die Performance des Basiswerts ab. Um das Risiko eines Ausfalls der Swap-Gegenpartei zu minimieren, ist diese in der Regel verpflichtet, ausreichende Sicherheiten in Form von Bargeld, Wertpapieren oder Edelmetallen zu hinterlegen.

Exchange Traded Notes (ETNs)

Auch Exchange Traded Notes (ETNs) sind als Inhaberschuldverschreibungen mit unbegrenzter Laufzeit börsengehandelte Finanzinstrumente. Der Hauptunterschied zu den ETCs besteht darin, dass ETCs regelmäßig physische Rohstoffe wie Gold oder Öl nachbilden und durch diese besichert sind. ETNs bilden hingegen einen Index oder eine bestimmte Anlageklasse ab. Dazu zählen auch Kryptowährungen.Den Anlegern wird folglich eine Rendite vermittelt, die sich an der Entwicklung des zugrunde liegenden Index oder der Strategie orientiert. Dazu gehören beispielsweise ETN auf Indizes wie den DAX, die mindestens dreifach gehebelt werden.

Ein weiterer Unterschied liegt in der Art der mit diesen Instrumenten verbundenen Risiken. Da ETCs in der Regel mit physischen Rohstoffen besichert sind und diese im Falle einer Insolvenz des Emittenten verwertet und sodann den Inhabern der ETCs gutgeschrieben werden, tragen die Anleger bei ETCs das Risiko potenzieller Preisrückgänge des Rohstoffs, während bei ETNs ein zusätzliches Element des Emittentenrisikos besteht. Bei einem Ausfall des Emittenten besteht für die Anleger die Gefahr, ihr investiertes Kapital zu verlieren.

Risiken von ETCs und ETNs

Bei ETCs bestehen verschiedene Risiken, die Anleger beachten sollten:

Marktrisiko

Die Kursentwicklung von ETCs ist abhängig von den Preisbewegungen der zugrunde liegenden Rohstoffe. Schwankungen in den Rohstoffmärkten können zu Verlusten führen. Der Preis eines Rohstoffs kann durch Angebot und Nachfrage, geopolitische Ereignisse, wirtschaftliche Indikatoren und andere Faktoren beeinflusst werden.

Volatilitätsrisiko

Rohstoffmärkte können sehr volatil sein, was zu schnellen und erheblichen Preisschwankungen der ETCs führen kann. Diese Volatilität kann zu unvorhersehbaren Verlusten führen.

Liquiditätsrisiko

Die Liquidität eines ETCs hängt von der Verfügbarkeit von Käufern und Verkäufern auf dem Markt ab. Bei geringem Handelsvolumen oder fehlender Marktliquidität können für Anleger Schwierigkeiten auftreten, den ETC zum gewünschten Preis zu kaufen oder zu verkaufen.

Emittentenrisiko

ETCs sind in der Regel von Emittenten ausgegebene Produkte. Daher besteht das Risiko, dass der Emittent zahlungsunfähig wird oder seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Im Falle einer Insolvenz des Emittenten kann der Anleger Verluste erleiden.

Währungsrisiko

Wenn der Preis des Rohstoffs in einer anderen Währung als der des ETCs angegeben ist, besteht ein Währungsrisiko. Wechselkursschwankungen können die Rendite des ETCs beeinflussen, insbesondere wenn die Währung des Rohstoffs gegenüber der Basiswährung des Anlegers schwankt.

Besondere Risiken bei Krypotwerten als Basiswerten

ETNs können auch Kryptowerte als Basiswerte aufweisen. Diese können mit besonders hohen Kursschwankungen einhergehen. Anleger können daher erhebliche Verluste erleiden. Hinzu kommen spezielle Risiken insbesondere im Hinblick auf Funktionsweise, Handel (Marktmanipulationsrisiko), technische Faktoren, Risiken im Hinblick auf den Verwahrer).

Es ist wichtig, diese Risiken zu berücksichtigen und eine fundierte Entscheidung zu treffen, indem die Anleger die Marktbedingungen, die zugrunde liegenden Faktoren vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen individuellen Risikotoleranz sorgfältig analysieren.

3. Aktien

Funktionsweise einer Aktie

Grundlagen einer Aktie

Aktien sind Wertpapiere, die eine Mitinhaberschaft an der sie ausgebenden Aktiengesellschaft verbriefen. Durch den Kauf von Aktien erwirbt der Anleger ein Stück des Unternehmens und kann sowohl von Dividenden als auch von potenziellen Kursgewinnen profitieren. Der Handel mit Aktien erfolgt an Börsen oder im außerbörslichen Handel, wobei Angebot und Nachfrage den Aktienkurs bestimmen. Dieser Kurs kann aufgrund verschiedener Faktoren schwanken, was Anleger sowohl Chancen als auch Risiken bietet.

Arten von Aktien

Es gibt verschiedene Arten von Aktien. Die wichtigsten Arten sind Stammaktien, Vorzugsaktien, Inhaberaktien und Namensaktien. Stammaktien gewähren dem Aktionär die gesetzlichen in Deutschland nach dem Aktiengesetz statuierten und satzungsmäßigen Rechte. Hierunter zählt insbesondere das Stimmrecht in der Hauptversammlung. Der Aktionär einer Stammaktie kann damit aktiv bei wichtigen Entscheidungen des Unternehmens partizipieren. Vorzugsaktien sind hingegen in der Regel nicht mit Stimmrechten ausgestaltet. Ihr Zweck ist es, für das emittierende Unternehmen Eigenmitteln zu beschaffen, ohne dass sich die Stimmrechtsverhältnisse in der Hauptversammlung verschieben. Sie vermitteln Vorrechte, die insbesondere die Verteilung des Gewinns oder des Liquidationserlöses im Insolvenzfall betreffen. Inhaberaktien lauten entsprechend ihrer Bezeichnung auf den jeweiligen Inhaber der Aktie. Eine Übertragung des Eigentums an Ihnen ist ohne besondere Formalitäten zulässig, weil der jeweilige Aktionär nicht in ein so genanntes Aktienregister eingetragen werden muss. Die Handelbarkeit von Inhaberaktien ist somit erleichtert. Namensaktien hingegen werden grundsätzlich auf den Namen des Aktionärs in das Aktienregister der Aktiengesellschaft eingetragen. Er wenn der Inhaber einer Namensaktie in das Aktienregister eingetragen ist, gilt er als Aktionär und kann erst dann seine Aktionärsrechte wahrnehmen.

Rechte und Pflichten von Aktionären

Im Gegensatz zu Inhabern von Anleihen, sind Aktionäre nicht nur Gläubiger, sondern Mitinhaber an der jeweiligen Aktiengesellschaft. Aktionäre haben Recht und Pflichten, die sich in Deutschland aus dem Aktiengesetz und aus der Satzung der jeweiligen Aktiengesellschaft ergeben. Zu den Pflichten gehört zunächst, einen Betrag als Einlage zum Grundkapital einzuzahlen, der jedoch auf den Ausgabewert der Aktie begrenzt ist. Je nach Art der Aktie können auch zusätzliche Verpflichtungen bestehen, die dann im Detail im Aktienzertifikat festgehalten werden müssen. Zu den Rechten gehören insbesondere die Beteiligung an Unternehmensgewinnen, Bezugsrechte bei Kapitalerhöhungen sowie unter anderem bestimmte Auskunfts- und gegebenenfalls Stimmrechte für Beschlüsse der Hauptversammlung. Die Rechte von Aktionären lassen sich in Vermögens- und Verwaltungsrechte einordnen.

Als Vermögensrechte gelten die Aktionärsrechte, mit denen der Aktionär an dem Gesellschaftsvermögen beteiligt wird. Zu den Vermögensrechten zählt zunächst der Anspruch des Aktionärs auf Dividende. Bei der Dividende handelt es sich um die jährliche Gewinnausschüttung durch die Aktiengesellschaft an ihre Aktionäre. Die Dividende hängt von der Unternehmensentwicklung ab. Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft entscheidet über die Höhe der Dividende im Rahmen der Gewinnverwendung des vorausgegangenen Geschäftsjahrs. Zu den Vermögensrechten zählt auch das Bezugsrecht. Hierunter versteht man das Recht des Aktionärs, an einer Kapitalerhöhung teilzunehmen. Mit dem Bezugsrecht erhält der Aktionär das Recht, einen Teil von neu (jungen) ausgegebenen Aktien zu beziehen, der seinem bisherigen Anteil am bisherigen Grundkapital entspricht. Mit Ausübung des Bezugsrechts kann der Aktionär die bis dahin bestehenden Stimmrechtsverhältnisse aufrechterhalten und mögliche Vermögensnachteile ausgleichen. Die Ausübung des Bezugsrechts ist an eine Frist geknüpft. Aktionäre können nur innerhalb dieser so genannten Bezugsfrist, neue Aktien zu einem festgelegten Emissionspreis beziehen. Zu einer Ausgabe von Zusatz- oder Berichtigungsaktien kann es im Rahmen einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln kommen. In diesen Fällen erhöht die Aktiengesellschaft das Aktienkapital aus eigenen Rücklagen, ohne Zuführung externer Einlagen. Der Wert des Unternehmens erhöht sich hierdurch nicht, obwohl die Anzahl der Aktien steigt.

Als Verwaltungsrechte gelten die Aktionärsrechte, mit denen die Aktionäre ihre Interessen als Mitinhaber wahrnehmen können. Zu den Verwaltungsrechten zählt zunächst das Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung. Die Hauptversammlung findet in der Regel jährlich statt. In der Hauptversammlung fassen die Beschlüsse zu Gegenständen, die die Aktiengesellschaft zuvor als Tagesordnungspunkte festgesetzt hat. Gegenstände der Beschlussfassung sind dabei durch Gesetz oder Satzung bestimmt. Hierzu zählen z.B. die Verwendung des Bilanzgewinnes, Satzungsänderungen oder die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat. In der Hauptversammlung haben Aktionäre darüber hinaus das Recht auf Auskunft über rechtliche und geschäftliche Angelegenheiten. Der Vorstand der Aktiengesellschaft ist verpflichtet Rechenschaft zu legen und nur unter engen Grenzen ein Auskunftsverweigerungsrecht. Ein wichtiges Verwaltungsrecht ist das Stimmrecht des Aktionärs. Mit dem Stimmrecht kann sich der Aktionär an Beschlussfassung in der Hauptversammlung beteiligen. In der Regel vermittelt eine Aktie jeweils ein Stimmrecht. Stammaktien vermitteln das Stimmrecht des Aktionärs. Demgegenüber vermitteln Vorzugsaktien in der Regel kein Stimmrecht. Bei Vorzugsaktien liegt das Aktionärsinteresse stärker in der Beteiligung am Unternehmensgewinn, was sich regelmäßig an einer bevorzugten Behandlung bei der Dividendenausschüttung realisiert. Aktionäre können ihr Stimmrecht persönlich ausüben oder eine andere Person oder Institution bevollmächtigen.

Eine Besonderheit ergibt sich bei so genannten Real Estate Investment Trust („REITs“). Bei REITs handelt es sich in der Regel um börsennotierte Aktiengesellschaften, die das Geschäft ausschließlich des Erwerbs, der Errichtung, der Vermietung, der Verpachtung und des Verkaufs von Immobilien betreiben. In Deutschland sind die meisten REITs Aktiengesellschaften, im Ausland können sie andere Gesellschaftsnormen einnehmen. Da das Unternehmensvermögen von REITs zum Großteil aus Immobilien besteht, ergeben sich bei ihnen neben den üblichen Risiken bei der Anlage in Aktien zusätzliche Risiken in Verbindung mit den im Unternehmensvermögen befindlichen Immobilien.

Risiken bei der Anlage in Aktien

Insolvenzrisiko

Als Mitinhaber einer Aktiengesellschaft orientieren sich Chancen und Risiken von Aktionären an der wirtschaftlichen Entwicklung der Aktiengesellschaft. Das unternehmerische Risiko ergibt sich aus der Möglichkeit, dass die betroffene Aktiengesellschaft nicht rentabel ist und ihre unternehmerischen Entscheidungen sich wirtschaftlich nicht als erfolgreich erweisen. Dies kann bis zu einer Insolvenz der betroffenen Aktiengesellschaft führen, sodass das die Anlage in Aktien dieser Gesellschaft in einem Totalverlust endet; zumal Aktionäre im Insolvenzfall gegenüber sonstigen Gläubigern der Aktiengesellschaft nachrangig behandelt werden.

Kursänderungsrisiko

Aktien unterliegen starken Kursschwankungen und somit auch dem Risiko von Kursrückgängen. Kursrückschwankungen werden insbesondere durch die wirtschaftliche Entwicklung des Emissionsunternehmens sowie die Entwicklungen der Branche und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Auch das Vertrauen der Marktteilnehmer in das jeweilige Unternehmen kann die Kursentwicklung beeinflussen. Ist bei einer Aktie der Streubesitz, also der Anteil der frei handelbaren, im Besitz vieler Aktionäre befindlichen Aktien niedrig, so können bereits kleinere Kauf- und Verkaufsaufträge für diese Aktie eine starke Auswirkung auf den Kurs der Aktie haben und damit zu höheren Kursschwankungen führen. Langfristig werden Kursschwankungen von den erwirtschafteten Erträgen der Aktiengesellschaft bestimmt. Mittelfristig kann sich ein Einfluss auf die Kursentwicklung aus der Wirtschafts-, Währungs- und Geldpolitik bestimmen. Kurzfristig können aktuelle Ereignisse wie Auseinandersetzungen oder Rechtsstreigkeiten, Terroranschläge, Krieg oder andere internationale Krisen die Kursentwicklung bestimmen.

Dividendenrisiko

Die zukünftigen Dividenden lassen sich nicht zuverlässig voraussagen. Die Dividende kann geringer ausfallen oder gänzlich ausfallen, wenn die jeweilige Aktiengesellschaft einen geringeren als den geplanten oder keinen Gewinn erwirtschaftet hat und hat zudem keinerlei Rücklagen gebildet hat. Selbst wenn die Aktiengesellschaft Gewinn erzielt hat, hat ein Aktionär keinen Anspruch auf eine Dividende. Der Aktiengesellschaft kann eine Dividendenzahlung aussetzen oder niedriger ansetzen, um notwendige Rückstellungen z.B. wegen zukünftig erwarteter Kosten (Klagen, Umstrukturierung etc.) zu bilden.

Zinsänderungsrisiko

Ein Kursverlust der Aktie kann sich unter Umständen im Zuge steigender Zinsen ergeben. Durch steigende Zinsen können die Kreditkosten der Aktiengesellschaft steigen oder künftige Gewinne mit einem höheren Zinssatz diskontiert und somit zum heutigen Zeitpunkt niedriger bewertet werden.

4. Allgemeine Risiken des Wertpapierhandelns

Psychologie der Marktteilnehmer

Die Kursentwicklung von Aktien ist abhängig von den Erwartungen der Marktteilnehmer. Neben objektiven Faktoren spielen für das Anlegerverhalten psychologische Faktoren eine Rolle. Irrationale Meinungen und massenpsychologisches Verhalten können den Aktienkurs maßgeblich beeinflussen. In modernen Zeiten der Meinungsverbreitung in Sozialen Netzen kann das Anlegerverhalten kurzfristig und unter Umständen sehr einschneidend den Kurs einer Aktie beeinflussen. Aktienkurse spiegeln Annahmen, Stimmungen, Hoffnungen und Befürchtungen von Anlegern wider. Börsentrends und Aktienentwicklungen können sich stimmungsbedingt objektiv nachvollziehbaren Gründen verschließen.

Risiko des Verlusts und der Änderung von Aktionärsrechten

Die Aktionärsrechte können durch verschiedene gesellschaftsrechtliche Maßnahmen verändert oder sogar ersetzt werden. Beispiele für solche Maßnahmen sind Verschmelzungen, Spaltungen, Rechtsformwechsel oder Eingliederungen der Gesellschaft sein. Entsprechend der jeweils geltenden Rechtslage für die Aktiengesellschaft können Hauptaktionäre das Ausscheiden von Minderheitsaktionären erzwingen („Squeeze Out“). In diesem Fall erhalten Minderaktionäre in der Regel eine Abfindung, sie wären aber nicht mehr an der Aktiengesellschaft beteiligt.

Risiko der Einstellung der Börsennotierung („Delisting“)

Die Handelbarkeit einer Aktie ergibt sich aus ihrer Zulassung an einer Börse. Diese Zulassung zum Handel kann jedoch von der Börse unter Berücksichtigung der jeweiligen börsenrechtlichen Vorschriften widerrufen werden („Delisting“). Durch ein Delisting verliert der Aktionär zwar nicht seine Aktionärsrechte, allerdings wird die Handelbarkeit der Aktie wesentlich beeinträchtigt.

Besondere Risiken bei REITs

Obwohl REITs in der Regel Aktiengesellschaften sind, ergeben sich bei ihnen aufgrund der besonderen Anlagestrategie mit Bezügen zu Immobilien besondere Risiken, die sich von denjenigen andere Aktiengesellschaften unterscheiden. So kann der Ertrag von REITs wesentlich abhängig sein von der Vermietung oder Verpachtung bestimmter Immobilien, sodass andauernde Leerstände sich negativ auf die Kursentwicklung der Aktie auswirken. Zusätzlich ist der Aktienkurs abhängig von der Börsennotierung. Aus diesem Grund kann der Aktienkurs vom tatsächlichen Vermögenswert des Immobilienvermögens eines REITs abweichen.